

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Sozialausschusses am 30.04.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Sachstand Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG) Vorlage: FB2/0319/2019	4
3 Aktueller Sachstand Zuweisung Vorlage: FB2/0317/2019	5
4 Vorstellung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" Vorlage: FB2/0320/2019	5
5 Anträge	6
6 Anfragen	6
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	6
8 Termin der nächsten Sitzung: 18. September 2019	6
9 Verschiedenes	6

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Jonas Kräling Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Bernd Parys

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied Vertretung für Frau Katja Schulz

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Jürgen Simons

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Bernd Parys

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Schulz

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Wilfried Pahlke

Wohlfahrtsverbände

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende Herr Focken die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit dieses Ausschusses fest.

Im Folgenden würdigt er die Verdienste des verstorbenen Ausschussmitgliedes Frau Hermanns und bittet um ein kurzes Gedenken für sie.

Abschließend wird Herr Kräling durch den Ausschussvorsitzenden durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben als Mitglied dieses Ausschusses verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Sachstand Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG) Vorlage: FB2/0319/2019

Der Erste Beigeordnete Maatz weist auf den allgemeinen Zweck des BTHG hin. Es solle eine stärkere Mitwirkung der Betroffenen an der Hilfeplanung ermöglichen und zu einer Vereinfachung der Leistungsbeantragung führen.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker stellt im Anschluss die Vorlage vor. Er hebt ebenfalls die ständige Beteiligung der Betroffenen am Hilfeplanungsprozess hervor und erläutert die Delegation der existenzsichernden Leistungen auf die Kommunen des Rhein-Kreises Neuss. Er weist explizit darauf hin, dass es bei der Zuständigkeit für die Erbringung dieser Leistung auf den gewöhnlichen Aufenthalt des Betroffenen vor Aufnahme in die besondere Wohnform ankomme. Somit ergebe sich die Tatsache, dass Meerbusch Leistungsbezieher in ganz Deutschland haben könne.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken fragt nach, ob der Behindertenbeauftragte Herr Simons in diese Umstellung mit einbezogen sei.

Fachbereichsleiter Annacker verweist in seiner Antwort auf die gute Einbindung des Behindertenbeauftragten und seine Anbindung zum VdK. Er verfüge über ein gutes Fachwissen.

Ratsfrau Niegeloh begrüßt die grundsätzliche Einbeziehung der Betroffenen im Rahmen der Umstellung des BTHG, allerdings stelle sie sich die Umsetzung schwierig vor, wenn die zuständigen Stellen nicht ortsnah beim Betroffenen lägen.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erläutert hierzu, dass es sich um die existenzsichernden Leistungen handele, die von dieser Regelung betroffen seien, und diese ließen sich auch relativ unkompliziert auf schriftlichem Wege regeln.

Das Ausschussmitglied Herr Rettig bittet um Darlegung, was die Bezugnahme der Leistungsgewährung auf den gewöhnlichen Aufenthalt des Betroffenen vor Aufnahme in die besondere Wohnform für einen Sinn habe.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erklärt, dass mit dieser Regelung einerseits Kommunen, die über diverse solcher Einrichtungen verfügen, vor übermäßigen finanziellen Belastungen geschützt

werden sollen und andererseits Kommunen, die nicht über derlei Einrichtungen verfügten, zur Kostentragung herangezogen werden sollen.

3 Aktueller Sachstand Zuweisung **Vorlage: FB2/0317/2019**

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz stellt die Vorlage vor. Er weist darauf hin, dass auch weiterhin wöchentlich Zuweisungen mit mindestens fünf Personen seitens der Bezirksregierung Arnsberg nach Meerbusch erfolgten. Diese Zuweisungspraxis laufe voraussichtlich mindestens bis zur 29. KW so weiter.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken bittet um Information, wann davon auszugehen sei, dass die bestehenden Unterkünfte ausgelastet seien.

Der Erste Beigeordnete führt hierzu aus, dass eine Abschätzung hier schwer möglich sei, da es entscheidend davon abhängt, was für eine Struktur die Zugewiesenen hätten (Einzelperson; Familie; Herkunft). Auch die bestehenden Einrichtungen hätten eben unterschiedliche Unterbringungsstrukturen. Generell gehe er jedoch davon aus, dass die Stadt Meerbusch diesbezüglich gut aufgestellt sei.

Ratsmitglied Rettig sieht das anders und regt an, die Turnhalle der Barbara-Gerretz-Schule aus der Nutzung zu nehmen und schon vorzeitig – vor Auflösung der Einrichtung – abzureißen.

Dem widerspricht der Ausschussvorsitzende vehement unter Hinweis auf die Tatsache, dass dort die Küche der Einrichtung untergebracht sei. Außerdem gehöre diese Diskussion in den Planungsausschuss.

Ratsfrau Niegeloh bittet um Information, ob die Zuweisungen geringer ausfielen, als bisher angekündigt.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verneint dies und weist darauf hin, dass die Zuweisungen schon mal zeitversetzt erfolgen könnten.

4 Vorstellung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" **Vorlage: FB2/0320/2019**

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verweist auf die Vorlage und bittet um Rückfragen aus dem Ausschuss.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach dem Ergebnis des Starter-Workshops und begrüßt die Teilnahme der Stadt Meerbusch an dieser Aktion. Außerdem fragt sie nach, was aus dem Angebot der Rotarier geworden sei, Arbeitsplätze für geeignete Flüchtlinge in der Therapieklinik zu schaffen.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker teilt als Ergebnis des Starter-Workshops die grundsätzliche Interessensbekundung seitens des Rhein-Kreises Neuss und der Stadt Meerbusch an der Teilnahme dieser Aktion mit. Die damit verbundene Aufgabe sei viel umfassender als das, was bisher hier geleistet werden könne. Im Rahmen dieser Aktion würde eine sehr aufwändige und umfangreiche Betreuung für 80 bis 90 Jugendliche installiert.

Bezüglich des Angebotes der Rotarier weist Herr Fachbereichsleiter Annacker darauf hin, dass ein Verweis an das Jobcenter erfolgt sei, da dieses schwerpunktmäßig für die Vermittlung in Arbeit zuständig sei.

Ratsherr Fliege bittet um Information, wie sich die Verwaltung die mögliche Unterstützung konkret vorstelle. Er verweist auf die Stadt Düsseldorf, die genau für das angedachte Klientel zusätzliche Ausbildungsplätze in ihren städtischen Betrieben geschaffen habe. Außerdem halte er einen Aufruf der Stadt zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze an die hiesige Wirtschaft für sinnvoll, da Ausbildung das Ziel sei.

Ratsherr Rettig hält diese Aktion für eine anspruchsvolle Aufgabe, für die aber seines Wissens nach noch keine Fördergelder bereitstünden. Er hinterfragt, ob die Teilnahme an dieser Initiative an die entsprechende Bewilligung gekoppelt sei.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz stellt klar, dass zuerst die Bedingungen dieser Aktion feststehen müssten und erst danach eine endgültige Entscheidung über die Teilnahme seitens der Stadt Meerbusch getroffen würde.

5 Anträge

Keine Anträge

6 Anfragen

Keine Anfragen

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz sagt die Erstellung eines Konzeptes zur Unterbringung der Obdachlosen für die nächste Sitzung dieses Ausschusses zu.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker berichtet zum Ehrenamt-Forum, dass der Entwurf zum Konzept von Frau Erwig noch nicht vorliege. Sobald dieser erstellt sei, würde der Arbeitskreis zur Abstimmung erneut tagen. Abschließend erfolge dann die Vorstellung im Sozialausschuss.

Ratsherr Fliege hinterfragt, warum das Konzept immer noch nicht erstellt sei, wenn doch die Finanzierung durch die Diakonie nur bis Ende August gesichert sei.

Der Fachbereichsleiter Annacker weist darauf hin, dass die Terminabfolge im Arbeitskreis besprochen worden sei. Dort habe es auch den Hinweis auf die Finanzierungsfrist gegeben.

Ratsfrau Pricken sieht hier die Diakonie in der Bringpflicht.

8 Termin der nächsten Sitzung: 18. September 2019

9 Verschiedenes

Ratsfrau Pricken bittet um Klärung, wieso auf der Anwesenheitsliste für die CDU-Fraktion nur noch 7 Mitglieder für den Sozialausschuss geführt seien. Ihres Erachtens nach müssten es acht sein.

Der Erste Beigeordnete sagt eine Klärung der Angelegenheit in Absprache mit dem Ratsbüro zu.

Hinweis: Mittlerweile wurde geklärt, dass es sich um eine zeitliche Überschneidung handelte – die verstorbene Frau Hermanns war bereits als Mitglied entfernt, Ratsherr Frank aber noch nicht neu hinzugefügt worden. Berichtigung ist erfolgt.

Ratsherr Bertholdt bittet um die Zahl der ausgegeben Ehrenamtskarten.
Fachbereichsleiter Annacker sagt zu, die Zahl dem Protokoll beizufügen.
Hinweis: Zum Stand 07.05.2019 wurden 303 Ehrenamtskarten ausgegeben.

Meerbusch, den 8. Mai 2019

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in